

Gero Neugebauer

### Orientieren im Gelände

#### Neue Herausforderungen im Fünf-Parteien-System

*Die Etablierung der Partei Die Linke als fünfter Kraft im deutschen Parteienspektrum erfordert eine stärkere Durchlässigkeit der Lagergrenzen, aber auch ein gewisses Maß an Entideologisierung aller Beteiligten. Ansonsten werden politische Blockaden künftig wahrscheinlicher.*

#### Gero Neugebauer

(\* 1941) ist Politikwissenschaftler und hat derzeit einen Lehrauftrag am Otto-Stammer-Zentrum der FU Berlin.

gerosofo@zedat.fu-berlin.de



Seit der Bundestagswahl 2005 besteht das Parteiensystem aus fünf relevanten gesamtdeutschen Parteien, relevant deshalb, weil sie direkten oder indirekten Einfluss auf die Koalitionsbildung hatten. Die Entwicklung hin zu einem »fluiden Parteiensystem« (Oskar Niedermayer) war schon früher diagnostiziert worden. Nun wird es manifest, weil *Die Linke* in drei westdeutsche Landtage eingezogen ist.

Mit der Etablierung der *Linken* wurde das Konkurrenzverhältnis zweier politischer Lager (verstanden als historisch gewachsene Parteienbündnisse, nicht als Zweckgemeinschaften zur Koalitionsbildung) nicht aufgehoben. Nun wird die Durchlässigkeit der Abgrenzung als notwendig erachtet, um Regierungsbildungen auch zwischen drei Parteien möglich zu machen.

Eine partielle Aufhebung der Lagergrenzen durch die Bildung von Dreierkoalitionen erzwingt die Bereitschaft der Parteien, miteinander Koalitionen eingehen zu wollen – oder sich gegenseitig aus-

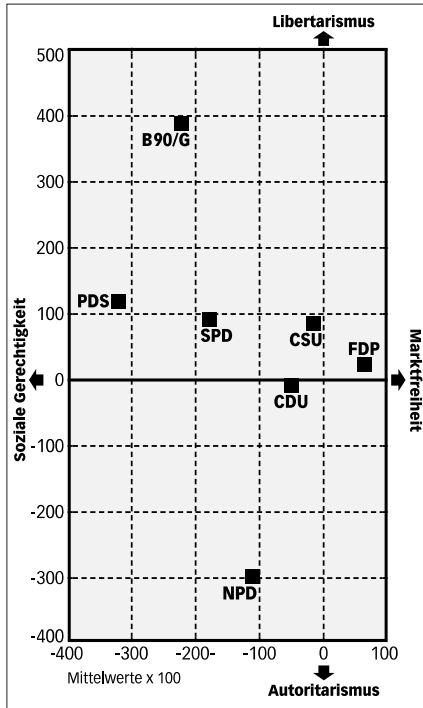
zugrenzen. Galt es bislang als selbstverständlich, dass die große Partei eines Lagers mit einer kleinen zusammen eine Koalition bildete, scheint die Situation nun als offen. Damit könnten theoretisch Koalitionen gebildet werden, die lediglich eine Voraussetzung erfüllen müssen, nämlich die Mehrheit der Stimmen, und sei es nur eine, auf sich zu vereinigen.

Wird nicht mit der minimalen Möglichkeit, sondern mit der Summe inhaltlicher Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen eine beabsichtigte Koalition begründet, werden die Positionen der Parteien im Konfliktsystem wichtig. Diese Positionen werden durch zwei Wertekonflikte, einen politischen und einen sozioökonomischen, bestimmt (Schaubild).

Auf der einen Achse ist der politische Wertekonflikt zwischen libertären und autoritären Werten abgetragen, auf der anderen Seite der sozioökonomische Konflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und Marktfreiheit. Die Positionen der Parteianhänger markieren zugleich die Abstände zu den anderen Parteien. In Fragen sozialer Gerechtigkeit stehen sich beispielsweise die Anhänger der *Linken* und der SPD sowie der *Grünen* nahe; letztere sind jedoch stärker libertär orientiert.

Nun entscheiden nicht inhaltliche Nähe, sondern Strategien zur Erringung oder zur Sicherung von Macht über Koalitions-

**Parteihänger nach Wertorientierungen (2003)**



Quelle: R. Stöss, FU Berlin, FB PolSoz, Otto-Stammer-Zentrum; N=4.008, zit. nach Neugebauer 2007.

nen. Dabei bilden ideologische Barrieren oft – künstliche – Hindernisse.

Unter diesem Aspekt erscheinen Koalitionen der Union mit der *Linken* – beide repräsentieren die Pole des bipolaren Parteiensystems – mittelfristig als ausgeschlossen. Das dürfte auch für rechnerisch mögliche Koalitionen zwischen der SPD, FDP und der *Linken* gelten, denn CDU/CSU und FDP sind für *Die Linke* neoliberale Parteien, die sie bekämpft. Demzufolge würde *Die Linke* einer solchen Koalition nicht beitreten. Damit bleiben entweder Große Koalitionen oder Dreier-Koalitionen möglich, die im linken Lager unter Einschluss der *Linken*, aber sonst dadurch gebildet werden könnten, dass eine Partei aus ihrem Lager heraus in das andere wechselt.

Durch die Etablierung des Fünf-Parteien-Systems wird eine Neudefinition des linken Lagers erforderlich. Da *Die Linke* sich nicht a priori als Teil eines Lagers betrachtet, sondern als Partei, die die anderen Wettbewerber aufmischen will und mittelfristig keine inhaltliche Koalition als möglich betrachtet, erhöht sie auf die Konkurrenten im eigenen Lager den Druck, nach auswärtigen Partnern zu suchen.

**Ohne Entideologisierung werden Blockaden wahrscheinlich**

Die Situation scheint für *Die Grünen* günstig zu sein, weil sie als fähig – und bereit – betrachtet werden, Koalitionen nicht nur mit der SPD allein oder mit dieser und der *Linken* (rot-grün-rot) oder auch mit der FDP (*Ampel*) einzugehen, sondern ebenso solche mit der Union allein und gegebenenfalls mit dieser und der FDP. Diese Perspektive (*Jamaika*) erfordert jedoch ein größeres Maß an Entideologisierung von allen Beteiligten, insbesondere von der Union, in der die CSU kein positives Verhältnis zu den *Grünen* hat. Das Problem betrifft auch *Grüne* und FDP *vice versa*. Wenn keine Entideologisierung stattfindet, werden Blockaden wahrscheinlich. Darüber kann der durch die Medien vermittelte Eindruck der Einigkeit der Parteieliten nicht hinweg täuschen.

Die Union kann alles, nur keine Koalition mit der *Linken* bilden. Im Unterschied zur Union könnte das die SPD tun, aber nicht aus dem Stand heraus, sondern erst dann, wenn sie eine parteiöffentliche und prinzipielle Diskussion über eine Strategie des Umgangs mit der *Linken* als einer Konkurrentin wie einer möglichen Partnerin führt. Dabei ist eine Diskussion über die Herkunft der *Linken* für die Wähler der SPD ohne Relevanz. Damit würden zugleich die SPD-Eliten geschont, die nicht bereit sind, sich zu ihrer Verantwort-

tung für das Aufkommen der *Linken* zu bekennen.

Die Diskussion kann auf Erfahrungen des Umgangs der SPD mit der PDS in ostdeutschen Koalitionen zurückgreifen und ebenso die Konsequenzen der Parlamentarisierung der PDS in den Landtagen einbeziehen, die den »Normalisierungsprozess« zur Politikfähigkeit der Partei im Sinne ihrer politischen Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit bewirkt haben. Und schließlich könnte die SPD gegenüber der *Linken* bei der Entscheidung für eine kooperative Strategie die inhaltliche Nähe der Anhänger beider Parteien in Fragen der sozialen Gerechtigkeit ausnützen. Zwar ist diese Nähe kein entscheidendes Kriterium für das Handeln der partei-

politischen Eliten, sie bietet jedoch eine Legitimationsbasis.

Will die SPD demonstrieren, dass ihr an einem rationalen Umgang mit der *Linken* gelegen ist, wird sie deren Politikangebote im Bereich der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie in außen- und sicherheitspolitischen Angelegenheiten in Hinsicht auf ihre Akzeptanz sowie gegebenenfalls auf ihre Durchsetzbarkeit prüfen müssen. Das bedeutet unter anderem, einen eigenen Lernprozess zu organisieren und sich eine Ankündigungspolitik zu versagen, wie sie aus unterschiedlichen Flügeln der Partei zu vernehmen ist, z.B. im Thesenpapier von Detlev Albers, Ralf Stegner, Johano Strasser und Wolfgang Thierse in der *Süddeutschen Zeitung* vom 10. März 2008. Die Partei kann durch diesen Lernprozess der Öffentlichkeit Argumente vermitteln, auf welcher Grundlage sie sich wofür oder wogegen entscheidet. Denn es wird langfristig in Hinsicht auf die von allen Parteien erforderliche neue Beweglichkeit unvermeidbar sein, bestimmte Politik- und Themenfelder hinsichtlich der Gemeinsamkeiten und der Differenzen zu klären, um daraus den Wählern die Bereitschaft zur Kooperation – oder die Verweigerung dazu – erklären zu können. Dabei können hohe ideologische Barrieren beseitigt werden, deren Aufrechterhaltung in einem Parteiensystem, in dem die Parteien selbst einem permanenten Wandel ihrer sozialen Verankerung und Repräsentativität unterworfen sind, wie das irrationale Verhalten des berüchtigten Suppenkaspers wirkt. Sie verschlechtert die Situation im Parteienwettbewerb, in dem sich die flexiblen Konkurrenten Vorteile verschaffen, wenn es eine Partei vorzieht, im eigenen Saft zu brutzeln und sich mit der – nicht einmal sicheren – Rolle eines Juniorpartners zu bescheiden. Das geht nur solange gut, bis die eine Partei eine andere als Mehrheitsbeschafferin findet – und im Fünf-Parteien-System könnten dazu gute Voraussetzungen herrschen. Es muss aber nicht so sein.